

Redebeitrag von Uwe Grund, DGB-Vorsitzender Hamburg, bei der Antikriegstagsdemonstration am 31.08.2013

Sehr geehrte Damen und Herren, Friedensfreunde und Friedensfreundinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur wenige hundert Meter von hier steht das Hamburger Gewerkschaftshaus. Wir haben am 2. Mai durch Veranstaltungen und eine Ausstellung daran erinnert, dass es vor 80 Jahren durch die Nazis überfallen und besetzt wurde. Die führenden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen wurden verhaftet – viele von ihnen in den Jahren danach verfolgt, gejagt, gequält und etliche auch ermordet, darunter gerade solche, die im Widerstand gegen die Nazischergen aktiv waren. Es gehört zu unserer Pflicht, an diesen Teil unserer Geschichte immer wieder neu zu erinnern, darüber zu berichten und den Ereignissen Namen und Gesichter zu geben. Auch deshalb ist unsere Position klar und eindeutig. Für uns gilt: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

„Nie wieder Krieg“ heißt für uns: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu unterlassen oder zu beenden. Das gilt auch für den aktuellen Konflikt in Syrien. Und: Die Bundeswehr soll vollständig aus Afghanistan abgezogen werden!

„Nie wieder Krieg“ heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

„Nie wieder Krieg“ heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte. Unsere Grundsatzposition lautet: Keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. Der DGB ist entschieden dagegen, dass die bisherigen Exportstandards gesenkt oder aufgeweicht werden.

Wir begrüßen das neue Abkommen der Vereinten Nationen zum Waffenhandel, auch wenn wir um seine vielen Schwächen wissen. Die existierenden nationalen oder regionalen Rüstungsexportkontrollen sind lückenhaft. Ein

wirksames internationales Abkommen zur Waffenkontrolle muss daher eine nachvollziehbare Prüfung vor der Exportgenehmigung und eine effektive Endverbleibkontrolle vorsehen.

Wir stehen unverändert zur Konversion von militärischer Produktion und militärischem Know-how. Sie müssen in zivile Güter umgewandelt werden. Dieser Prozess ist nicht einfach, und er wird längere Zeit brauchen, doch wir unterstützen ihn mit Nachdruck.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen! Den Einsatz von chemischen Waffen lehnen wir strikt ab. Was in Syrien geschehen ist, kann nur als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Dieses Verbrechen wird nicht dadurch gestühnt, dass es durch neue Raketen beantwortet und das Leid der betroffenen Bevölkerung damit noch vergrößert wird.

Deshalb heißt für uns „Nie wieder Krieg“, die möglichen Ursachen von Konflikten und Kriegen zu beseitigen. Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu senken. Wir treten für Frieden und sozialen Fortschritt ein. Die ungelöste Krise in Europa kann für beides zur Gefahr werden. Wir bekennen uns zum einzigartigen europäischen Friedensprojekt und auch zum Euro. Doch für eine gute Zukunft Europas braucht es dringend einen Politikwechsel für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Spaltung wird mit immer neuen Sparorgien immer weiter vertieft! Insbesondere die dramatische Jugendarbeitslosigkeit ist eine schwere Hypothek für Europas Zukunft. Ohne die Jugend hat Europa keine Perspektive! Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm, einen Marshall-Plan für Europa.

„Nie wieder Faschismus“ heißt für uns: Unsere Geschichte verpflichtet uns zum entschiedenen Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Nazis haben nirgendwo etwas zu suchen. Deshalb bieten wir ihnen überall die Stirn. Und deshalb wollen wir in Deutschland das Verbot der NPD.